

Protokoll der Attac-Rats-Klausur am 9. und 10.5.2009 in Hannover (Jugendgästehaus)

Übersicht (Samstag, 9.5.2009):

1. Begrüßung, Tagesordnung, Protokoll	2
2. Thema „Abgrenzung nach rechts“	
2.1 Input	2
2.2 Rückfragen zum Input	2
3. Aufteilung in die Arbeitsgruppen	
Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen :	
3.1 Wo steht attac?	4
3.1.1 Auswertung KapiKon und Krisendemos	4
3.1.2 Projekte und Termine	5
3.2 Abgrenzung nach rechts	7
4. Rats-Arbeitsgruppen:	
4.1 Wahl der AG Mailingliste	8
4.2 Wahl der VG SoAk-Ratschlag	8
4.3 Wahl der VG Herbstratschlag	8
5. Bestätigungsverfahren AG Lateinamerika (entfällt)	9
6. Vorschlag der Rats-VG zur Änderung der Regelung bzgl. Sitzungsorte .	9
7. Bestätigung des attac-Rechtshilfe-Fonds	9
8. Vorstellung der AG Ratsarbeit	9

Übersicht (Sonntag, 10.5.2009):

9. Konsensverfahren zur AG Globalisierung und Krieg	11
10. Kurzberichte aus verschiedenen Rats-AGs:	
10.1 RAG Gruppenunterstützung	11
10.2 Rats-VG	11
10.3 RAG Internationales	12
10.4 AG Krisen (kein Bericht)	
10.5 Impulspapier Soziale Krise (kein Bericht)	
10.6 RAG Globale Soziale Rechte	12
10.7 RAG Mailinglisten	13
11. Sitzung des attac-Trägervereins	13
12. Zusammenarbeit verschiedener Bereiche in attac (entfällt)	13
13. Verschiedenes:	
13.1 Änderung in der attac-Geschäftsführung	13
13.2 Kampagne gegen Lissabon-Vertrag	14
13.3 Kampagne gegen CSU bei der Wahl des EU-Parlaments	15
13.4 Antrag bzgl. Tagungsstätten	15

Anlagen:

A Arbeitsgruppe „1“	16
B Kurzbericht der Rats-VG SoAk 2009	17
C Input der Rats-AG Ratsarbeit	18
D Kurzbericht der Rats-AG Gruppenunterstützung	20

Die Beschlüsse sind im Folgenden **fett** gesetzt.

Anwesende am Samstag, 9.5.2009: Gudrun Reiß (AG Globalisierung und Krieg), Jutta Sundermann (Kokreis, Gruppen West), Matthias Bude (MO pax christi), Hanni Gramann (Gruppen Nord, Hannover), Markus Riek (Gruppen Süd, Stuttgart), Stephan Lindner (Gruppen Ost, Berlin), Barbara Volhard (Gruppen Süd, Freiburg), Hermann Gendrisch (MO Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V.), Jutta Sprengel-Steinert (feministAttac), Ulrike Paschek (Gruppen Nord, Göttingen), Thomas Seibert (MO medico international), Deborah Ruggieri (Berlin), Peter Strotmann (Berlin, SiG), Jürgen Castendyk (Gruppen Nord, Hannover), Hugo Braun (Kokreis, Euromarsch), Werner Rätz (MO ila), Sami Atwa (Kokreis), Martin Uebelacker (Kulturattac), Lony Ackermann (Gruppen Ost, Berlin), Peter Trappe (MO Evangelische Akademiker, Dresden), Christine Starzmann (Gruppen Süd, Pforzheim-Enzkreis), Detlev von Larcher (Kokreis), Peter Wahl (wissenschaftlicher Beirat), Franz Eschbach (Gruppen Süd, Karlsruhe), Stefan Hügel (EU-AG), Stephan Krull (AG Fairteilen), Roland Klautke (AG SozSich), Cornelius Oette (EU-AG, ab 18:25).

Protokoll: Franz Eschbach

Moderation: Deborah Ruggieri,
Ulrike Paschek (bis zur Workshop-Phase), Rene Zeitz (anschließend)

1. Begrüßung, Tagesordnung, Protokoll

Deborah Ruggieri begrüßt die Versammlung und beschreibt die Verhaltensregeln.

Ulrike Paschek vertritt Sarah Gebhard, die am 9.5.2009 kurz vor 9 Uhr per E-Mail ihren Austritt aus attac erklärt hatte, in der Moderation.

Franz erklärt sich zur Protokollführung bereit.

Anträge zur Tagesordnung:

- a) Lony: empfiehlt Abreise um ca. 16 Uhr statt 13:30 Uhr.
Hermann: Freie Zeit am So-Nachmittag sei für eventuelle AG-Treffen gedacht.
- b) Werner wünscht eintägige Sitzungen.
- c) Barbara: empfiehlt, die Sitzung des Trägervereins (TV) ans Ende zu verschieben.
Entgegnung von Jutta: Die TV-Sitzung dauert i.d.R. nicht lange.

Es bleibt bei der vorgesehenen Tagesordnung.

2. Thema „Abgrenzung nach rechts“

2.1 Input

Stephan Lindner führt in das Thema „Abgrenzung gegen rechts“ und zum Umgang damit in attac ein (Andreas Beldowski hatte mitgeteilt, dass er nicht kommen werde):

Wie konnte das Gedankengut der NSDAP so viel Zustimmungen finden?

1. Wegen der Situation in Deutschland nach dem 1. Weltkrieg.
2. Heute entstünde Antisemitismus durch eine verkürzte Kapitalismuskritik.

Rezept: „Wehret den Anfängen!“

Junge NPD-ler hätten sich bei ATTAC eingetragen. Es gebe offene Anschlussversuche, da ja „keine großen Unterschiede bestünden“. Es gebe Versuche, durch Anbiederung an Attac rechte Thesen in die Gesellschaft zu tragen.

In Krisensituationen sei Antisemitismus der „Sozialismus des Kleinen Mannes“.

2.2 Rückfragen

Deborah erinnert an die Diskussion um Jürgen Elsässer und verweist auf ein Kokreis-Papier von 2003. Es mangle an Versachlichung, es gehe nicht um persönliche Auseinandersetzungen. Bei ATTAC dürfe das Thema nicht heruntergespielt werden wie in Parteien.

Werner meint, Kapitalismuskritik von rechts bzw. links unterscheidet sich und berührt sich nicht. Die Kapitalismuskritik von ATTAC sei nicht anschlussfähig mit rechtem

Gedankengut. Das zeigt sich im Konkreten, nicht im Abstrakten. Im Januar 2001 wurde ein Papier veröffentlicht.

Bei ATTAC seien Antisemitismus und Nahostkonflikt miteinander verwoben. Ein Seminar 2003 in Hannover habe extrem unterschiedliche Positionen deutlich gemacht und habe mit einem Dissens geendet.

2003 gab es das Problem, dass in Montagsdemos außer ATTAC-Gruppen auch Neo-Nazis mitliefen. Wahrgenommen gewesen seien Versuche der Querfrontstrategie, die in Attac nicht immer offensiv zurückgewiesen wurde. Vorwurf: Antisemitismus in Attac wird nicht ernst genommen, viele Kritiker seien von da an verstummt.

Boykottaufruf von israelischen Waren werde als Antisemitismus wahrgenommen. Wer zum Boykott israelischer Waren aufruft, muss wissen, dass das von Rechten verstanden wird als „Kauft nicht bei Juden“.

Lony misst der 100 Jahre alte These „Antisemitismus ist der Sozialismus des Kleinen Mannes“ heute keine Bedeutung mehr bei.

Detlev weist darauf hin, dass für die diesjährige Sommerakademie ein Workshop zum Umgang mit Antisemitismus geplant sei.

Barbara verweist auf ein Interview mit Amos Oz, der auch Kritik an Juden für legitim hält. Antisemitismus sei vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte zu betrachten. Es müsse bei Stellungnahmen an absehbare Wirkungen gedacht werden.

Werner rät, das Thema Antisemitismus nicht zu eng mit dem Thema Israel/Palästina zu verquicken.

Franz hält beim Thema „Abgrenzung gegen Rechts“ eine Beschränkung auf den Aspekt Antisemitismus für unangemessen, zumal damit zu rechnen sein wird, dass als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise auch hierzulande evtl. sehr viele Menschen verarmen oder gar verelenden und dann näherliegenden rechten Parolen ausgesetzt werden.

Für Hugo sind bei der Abgrenzung nach rechts auch andere Themen nötig: Kapitalismuskritik führt zum radikalen Bruch in den Eigentumsverhältnissen, was von rechts nicht geteilt wird. Boykott ist als politisches Instrument nicht von vorneherein unzulässig.

Deborah fordert eine Untersuchung „Welche Strategien hat Rechts?“, z.B. die NPD. Ein historischer Blick wäre angebracht: Die NSDAP war anfangs eine kleine Splitterpartei. Was machen die Kameradschaften, Bürgerinitiativen usw. ? Es gibt bereits „national befreite Zonen“. Die Finanzierung der NPD durch den Verfassungsschutz sei nicht ausreichend bekannt.

Peter Strotmann bezeichnet Boykott als ein nicht grundsätzlich auszuschließendes Instrument : Immer gleich die Antisemitismuskeule zu bringen, ist unfair und unfruchtbar und tötet die Debatte. Man müsse vorwärts denken: Was Deborah sagt, sei viel wichtiger.

Jutta fragt, was heißt das alles praktisch – z.B. für konkrete Kampagnen. Wegen der Krise seien Rattenfängereien von rechts zu erwarten.

Jürgen beklagt das übliche Ritual der Abgrenzung innerhalb der Linken, die Fixierung auf Auschwitz verhindere Normalität. Das Wiederaufwärmen alter Konflikte und das Beäugen, um „Abweichler“ zu erkennen, sei unfruchtbar.

Die Rechte biedere sich ATTAC an. Er weist auf die „Deutsche Stimme“ hin, eine intellektuelle Wochenzeitung der Rechten. Viele Artikel seien so, dass man ihnen zustimmen könnte, denn es sei die Strategie der Rechten, ATTAC-Positionen ungefähr zu übernehmen, um zu suggerieren, dass man entkrampfter miteinander umgehen könne.

Man muss sich auf solche Sachen beziehen, um die Abgrenzung nach rechts konkreter zu machen.

Peter Wahl fragt, ob es stimmt, dass es erklärte Strategie der Neo-Nazis wäre, auch (!) GlobalisierungskritikerInnen zu unterwandern.

Deborah antwortet, dass Globalisierungsgegner unterwandert würden, auch Linke ganz allgemein. In Erfurt hätten Neo-Nazis Attac-Material gegen Bahnprivatisierung runtergeladen und verteilt, ohne dass Attac vor Ort war. Deborah kündigt an, einen dazugehörigen Hinweis später auf der Ratsliste zu verschicken.

Stephan Lindner fragt: „Was ist Rechts?“

Es gebe dort unterschiedliche Strömungen. Es gebe kein Pauschal-Rezept. Man dürfe aber nicht über das Ziel hinausschießen.

Werner findet bei der „Deutschen Stimme“ keinerlei Anknüpfungspunkte, weil keinerlei Orientierung auf Menschenrechte usw. zu erkennen sei. Es gebe keine Bereitschaft zur Diskussion.

Martin empfiehlt eine genaue Sprache.

Barbara ergänzt: Es reiche nicht, dass eine Haltung nicht rechts anschlussfähig ist, sondern es ist immer die Wirkung mit zu bedenken, wie das, was gesagt wird, von Rechten gehört oder verstanden werden könnte.

3. Aufteilung in zwei Arbeitsgruppen:

- Abgrenzung nach rechts
- Wo steht attac?

Kurzberichte aus den Arbeitsgruppen:

3.1 Wo steht attac?

3.1.1 Auswertung Kapikon und Krisendemos

Jutta berichtet: Der März war mit dem Kapitalismus-Kongress und der Erstellung und Verbreitung des Plagiats von „DIE ZEIT“ ereignisreich.

Es gibt jetzt ein Diskussionsinteresse an Systemfragen.

Frage : wie gut kann man Impulse aus dem Kongress weiter tragen?

Das „DIE ZEIT“-Plagiat brachte attac in die Öffentlichkeit.

Es ist schwierig, den Anschluss zu finden an diesen furiosen März.

Es gibt wenig Protestdynamik in der Gesellschaft.

Die Rhetorik der Parteien stellen ein Problem dar, denn es gibt keinen zugespitzten Konflikt. Die Krise ist unheimlich, aber mit unterschiedlichen Blickwinkeln zu betrachten.

Die Angst steigt jedoch, aber was heißt es genau, wenn jetzt eine hohe Arbeitslosigkeit

kommt in Zusammenhang mit Hartz IV?

Wir haben kein fertiges Rezept, wie emanzipatorisches Vorgehen initiiert werden kann.

Auch die Beteiligung aktiver Attacis ist schwach.

Pressemitteilungen zeigen kaum Wirkung.

Derzeit gibt es keine Informationen zum G8-Gipfel.

Zur Bundestagswahl wird es wegen Personalmangel wohl keine „Wahlprüfsteine“ geben.

Weitere Ideen:

a) Kinder-Grundförderung?

b) Einfach und klar sagen: Es gibt einen Webfehler im System.

Zu wenig Personal auch bei der Projektgruppe „Krisen“, mehrere Kokreismitglieder sind drin. Aber zu wenig öffentliche Debatte.

Nicht ganz geheuer: Die Debatte um „Green New Deal“.

Der Flyer der EU-AG ist fertig.

Weitergehende Perspektiven wären zu untersuchen, z.B. auf der SoAk:

- Wer kontrolliert zukünftig die Finanzmärkte?
- IWF? Clearing Union?

3.1.2 Projekte und Termine

Aspekt: „Verteilung“:

Wer zahlt für die Krise?

Kampagne zum Thema Vermögensabgabe (ab 500 000 €?) statt Verarmungsprogramm.

Planung einer Aktionsakademie in Köln im Frühsommer.

Aspekt „Banken“:

Es besteht die Absicht zu einem Bankenaktionstag im Juni („Bad Bank“).

Aspekt „Bildung“:

Im Juni auch Bildungsproteste im Rahmen der Bildungswoche, z. B. öffentliche Vorlesungen vor Banken.

Aktionskonferenz 28. Juni in Kassel.

5. Sept. IGM-Veranstaltung in Frankfurt/Main

5. Sept. Anti-Atom-Treck nach Berlin

Angedacht: Eine größere Mobilisierung Oktober/November, nach der Bundestags-Wahl.

Dezember: großer Klimagipfel in Kopenhagen.

Transparenzkampagne: Thematisierung der Frage, was mit dem Geld passiert, das für die Banken ausgegeben wird.

Problem: Keiner kann sagen, was wirklich damit passiert, die Bundestagsabgeordneten wissen das auch nicht, evtl. Steinbrück. Anfragen werden nichts nützen. Fragen an Abgeordnete in den Wahlkreisen richten.

Hugo: Das Europäische ATTAC-Netzwerk hat 15.000 Euro beschafft für Kampagne zu Finanzkritik. Eine AG wird schon gebildet mit Silke, Hugo, Johannes Lauterbach.

Im September im neu gewählten EU-Parlament mit neu gewählten befreundeten Leuten.

Historische Erfahrungen belegen, dass Krisenzeiten nicht Mobilisierungszeiten sind.
1873 wurde die junge Sozialdemokratie heftig gebremst durch Verbot.
1929 ist die starke Linke von den Nazis überflügelt worden.

Barbara: Barbara lobt die Organisation des Kapikon, wundert sich jedoch, dass in der Abschlussveranstaltung eines Kapitalismuskongresses der Begriff Eigentum überhaupt nicht aufgetaucht ist. Als dritter Weg statt Kapitalismus oder Sozialismus muss Solidarische Ökonomie stärker öffentlich gemacht werden.

Werner: G20 in New York im September könnte Einfluss nehmen auch auf das, was wir machen müssen. Da wird mit großer Wahrscheinlichkeit etwas in Brüssel stattfinden.

Bei allen Veranstaltungen gibt es einen wichtigen Punkt:
Warum gehen die Leute nicht auf die Straße?
Ein Punkt: Das Beste wäre eine Regierung, die nicht schlechter ist als die jetzige.
Politischer Druck entsteht nur, wo man sich auf ein oder zwei Punkte verständigt, die man durchzusetzen versucht.
Werner denkt an einen Vorstoß für Kindergrundsicherung (von AWO) u. a.
Sonst glauben die Leute nicht, dass Mobilisierung sich lohnt.

Vorschlag: Einen Bankmann einladen, der mal erklärt, was da passiert, aber einen aus einer Bank (z.B. SPARDA), die selber sauer sind.
Neue Serie von Papieren entwerfen, die erklären und verteilt werden.
Oder: Bündelung von Forderungen .
„Global New Deal“ mobilisiert vielleicht besser.

Hanni: G8 ist in die Abruzzen verschoben worden; das muss bekannt gemacht werden mit den Begründungen.

Vermögensabgabe muss verbunden werden mit der Angabe, wofür wir das Geld haben wollen, z.B. eben für die Kinder.

Die Regierung hat über die Abwrackprämie und das verlängerte Kurzarbeitergeld Zeit bis zu den Wahlen erkaufte, aber danach wird es Kürzungen bei Kommunen usw. geben, so dass soziale Forderungen stärker relevant werden.

Wahlprüfsteine sollten entwickelt werden, die auch die eigenen Reihen politisieren könnten. Ein 10-Punkte-Programm, hinter das man nicht mehr zurück kann. Die müssen aber als Übergangsforderung formuliert werden, z.B. als Übergang zu einer solidarischen Ökonomie, woraus deutlich wird, dass wir etwas ganz anderes wollen. Siehe SIB Stefan Krull, sollte man mit reinnehmen.

„Bad Bank“ ist als Thema ungeeignet, weil es gelingen könnte, die so darzustellen, dass es so aussieht, dass die Steuerzahler doch nicht dafür zahlen müssen, egal ob das stimmt oder nicht.

Wahlprüfsteine sind strittig, nur sinnvoll zusammen mit Kampagne.
Wesentlich: wer macht?

Um Druck zu machen, bedarf es einer konkreten Forderung, die man aus dem Strauß

unserer Forderungen herausgreift und betont.

Es muss jetzt über eine Mobilisierung nach der Wahl nachgedacht werden, spätestens im Frühsommer, denn sonst kriegen wir das bis zum Herbst nicht mehr hin.

Das Potential der Bankenaktion ist noch nicht ausreichend diskutiert. Sie sollte an vielen Orten als Mitmach-Aktionen, welche die Leute faszinieren, angeboten werden. Könnte die Chance bieten, dass Leute einsteigen, die bisher nichts gemacht haben, denn diese brauchen wir. Notwendig ein stabiles Netzwerk zwischen Projektgruppe und Leuten vor Ort.

Schon in der Presse angesprochene weitergehende Vorstellungen, z.B. China. Dazu soll es in der SoAk etwas geben.

Was ist mit Modernisierungsprogramm in verschiedenen Stufen a la Michael Krätke: Gebt dem Markt, was des Marktes ist und dem Sozialismus, was des Sozialismus ist. Alles hängt dran, wer macht es?

Werner fragt, wo sich momentan am meisten bewegen lässt. In den AGen sind so wenige, dass nicht einmal das, was notwendig wäre, leistbar ist, geschweige denn, was wünschbar wäre. Es gibt vor Ort in den Gruppen oder Bündnisorganisationen fast keine Ansprechpartner. Es gibt einfach zu wenig Personal in den Projektgruppen und lokalen Gruppen, die Anti-Krisen-Arbeit leisten.

Thomas: Man macht nur das, was immer schon gemacht wurde. Das sei alles zu langweilig: Keine Kräfte verschwenden, wenn nicht Nutzbares hervorgebracht werden kann. All das treibt die Sache nicht, dann besser Auszeit nehmen und nachdenken.

Werner: Die PG Krisen hat Vorstellungen, was zu tun ist. Der 28.3. war erfolgreich. „Banküberfall“ der SchülerInnen. Großaktion nach der Bundestagswahl zu einer Vermögensabgabe.

Deborah berichtet, dass die Bildungsproteste Dynamik erzeugt hätten.

Jürgen weiß vom Deutschen Schauspielhaus in Hamburg, dass dort Erwerbslose auftreten als namentlich bekannte Millionäre. Dies im Hinblick auf die Forderung nach einer Vermögensabgabe.

Man solle die Interventionistische Linke und die Gewerkschaften nicht abschreiben, sondern für eine Kooperation plädieren. Mobilisierungsmöglichkeiten gebe es für 16.5.(???) , 17./18.6. (???) und 5.9.2009 (IGM in F/Main).

Lony: Eine AG soll aus dem Januar-„Spiegel“ die Verbrecherkartei nehmen und die Leute wirklich anklagen.

Auch die Gewährung einer Abwrackprämie stelle eine Veruntreuung von Steuergeldern dar: Eine Aufgabe für eine juristische Vereinigung.

Werner entgegnet: So etwas sei – obwohl evtl. erfolgreich – politisch falsch, weil damit keine aufklärerische Wirkung erzielt würde.

3.2 Abgrenzung nach rechts

Thomas berichtet von dem Treffen der Arbeitsgruppe „1“ (siehe auch Anlage „A“)
Es habe sich herausgestellt, dass aufgrund der großen Meinungsverschiedenheiten der

Konflikt um Jürgen Elsässer nicht lösbar sei.
Es gebe den Vorschlag, durch Kooperation in aktivistischer Bildungsarbeit einen Diskussionsprozess anzuregen.

Deborah rät, nach vorne zu gucken und zu fragen:

- Was sind die realen Vorgänge?
- Was sind die Strategien der Rechten?

Um Handlungsanweisungen geben zu können, z.B. in Form eines Verhaltens-Flyers für Gruppen.

Ein Abgrenzungspapier ist noch nicht fertig (Leipzig?)

Bürgerinitiativen sollten über Kameradschaften aufgeklärt werden.

Es gibt Grauzonen. Eine Pluralismus-Diskussion ist zu führen:

Wie eng? Wo hört die Toleranz auf?

Welche Konnotationen zu „Nation“ und „Volk“ sind akzeptabel und welche nicht?

Thomas rät von einem Abgrenzungspapier ab. Es sind nicht alle Fragen geklärt. Vielmehr sei Wissen zu schaffen über Strategien der Rechten. Diese Empfehlung findet Zustimmung.

4. Rats-Arbeitsgruppen

4.1 Wahl der AG „Mailinglisten“

Stephan L. schildert, dass die Arbeit in dieser AG zermürend und ermüdend sei, zumal es fast immer dieselben Personen seien, mit denen es Probleme gebe. Die Abgrenzung gegen Rechtsradikale und die Durchsetzung der Netiquette sei nicht immer leicht.

Von zwei Mitgliedern der AG (Susanne Schäfer, Uli Bertling) sei fraglich, ob sie sich noch als aktiv betrachten. Er wünscht sich eine bessere Infrastruktur, damit die attac-interne Zusammenarbeit nicht nur auf die Mailinglisten angewiesen ist.

Franz bietet an, die AG zu verstärken.

Die AG mitsamt ihrer bisherigen Mitglieder (aus dem Rat: Philipp Jacks, Stephan Lindner, Susanne Schäfer; kooptiert: Christian Knoke, Gerold Korbus, Uli Bertling) bestätigt und Franz Eschbach aus dem Rat hinzugewählt, beides per Akklamation.

Stephan L. fragt im Auftrag von Christian K. an, ob dessen E-Mail-Adresse in die Rats-Mailliste eingetragen werden kann.

Das Ersuchen wird abgelehnt.

Per Akklamation wird folgender Gegenvorschlag von Werner angenommen:

Die Ratsmitglieder in der RAG Mailinglisten werden bei Einstimmigkeit ermächtigt, Rats-E-Mails an Christian weiterzuleiten, sofern solche im Einzelfall für dessen Arbeit in dieser RAG von Belang sind.

Auf Nachfrage von Christine (als admin der Ratsmailingliste) wie mit emails von Werner Schettke und Willi Übelherr an die Ratsliste verfahren werden soll, wurde ohne förmlichen Beschluss erklärt, daß diese emails nicht auf die Ratsliste weitergeleitet werden sollen.

4.2 Wahl der VG „Frühjahrsratschlag 2009“

Hanni berichtet über den Stand der Vorbereitungen zur SoAk (siehe Anlage „A“).

Der Ratschlags-Teil (8. und 9.8.2009) sei noch völlig offen.

Per Akklamation wird die VG für den Frühjahrs-Ratschlag gewählt: Hanni Gramann, Franz Eschbach, Max Bank, Rene Zeitz, Sami Atwa. Hanni hat den Hut auf.

Werner regt als Ratschlagsthema „Krise“ an und empfiehlt die Entsendung von 1 bis 2 Personen der PG Krisen in diese VG. Die PG Krisen kann dies gewährleisten.

4.3 Wahl der VG „Herbstratschlag 2009“

Der HR ist für vom 30.10. bis 1.11.2009 geplant. Der Ort steht noch nicht fest.

Per Akklamation werden für diese VG gewählt: Hugo Braun, Ulrike Paschek, Brigitte Öhrlein, Steffen Stierle. Da die beiden Letztgenannten nicht anwesend sind, sind deren Zustimmungen noch einzuholen (siehe Anm. #1). Hugo hat den Hut auf. Der Rat schlägt als Veranstaltungsort Göttingen vor. Ulrike soll bei der attac-Gruppe Göttingen anfragen, ob diese sich zur Ausrichtung in der Lage sieht.

5. Bestätigungsverfahren AG „Lateinamerika“

Entfällt, weil Steffen Stierle nicht anwesend ist.

6. Vorschlag der Rats-VG zur Änderung der Regelung bzgl. möglicher Sitzungsorte

Hermann empfiehlt, dass außer den traditionellen Tagungsorte (Frankfurt und Hannover) weitere berücksichtigt werden können, um der VG mehr Flexibilität zu verschaffen.

In Frage käme z.B. Fulda mit guten Raum-Angeboten.

Werner beantragt Ende der Debatte, da z.B. für ihn Fulda schlecht zu erreichen ist.

Mit 13 zu 6 Stimmen wird die Debatte abgebrochen.

Die nächste Ratssitzung wird in Frankfurt stattfinden, die übernächste in Hannover (im Naturfreundehaus).

7. „attac-Rechtshilfefond“ (RHF)

Christine berichtet: Der RHF ist ein nicht eingetragener Verein.

In 2008 ist nichts angefallen; in 2009 könnte es im Zusammenhang mit der Börsenaktion 4 Fälle geben.

Es gibt nur einen Zuschuss zu Gerichtskosten, Geldstrafen werden nicht erstattet.

Derzeit stehen 14.000 € zur Verfügung.

Anregung: Der attac-Trägerverein könnte Empfänger von Strafgeldern sein, die Gerichte Verurteilten auferlegen.

Anregung: Anzeigen schalten als Hinweis auf die Existenz des RHF.

Die bisherigen Mitglieder (Christine Starzmann, Jörg Schindler, Marianne Wildberger, Martin Übelacker) werden per Akklamation bestätigt.

8. AG „Ratsarbeit“

Sami berichtet, dass Sarah nach derzeitigem Stand der Erkenntnis zwar aus attac ausgetreten sei, nicht jedoch aus dem Rat und dieser Rats-AG.

Barbara trägt den Input dieser RAG vor (siehe Anlage „C“).

Barbara erinnert zudem an den Antrag der Regionalgruppe Freiburg auf

Rechenschaftsberichte des Rats an die Basis. Sie schlägt außerdem vor, die

konstituierende Sitzung des Rats am Wahltag, d.h. auf dem Ratschlag, durchzuführen.

Jutta entgegnet, dass

- a) es am Wahlabend sehr spät werden kann mit negativen Folgen für die nötige Konzentrationsfähigkeit
- b) die Ratschläge erfahrungsgemäß auch für Treffen von Bundes-AGs genutzt werden, so dass es zu Terminkonflikten kommen könne.

Wie lässt sich die Kommunikation zwischen Rat und Basis verbessern?

Hugo fragt, wer die Basis ist, und sieht den Sinn der Vorschläge nicht ein.

Der Kokreis verbreite Informationen an die Gruppen.

Wenn neue Strukturen geschaffen werden sollen, ist zunächst zu prüfen, ob sie die Bündnisarbeit verbessern oder nicht.

Barbara erläutert, was ihre Basis sei: alle Regionalgruppen der Region Süd, also in Bayern und Baden-Württemberg, für die sie in den Rat gewählt worden sei, die sie allerdings nicht einmal kenne, und im Zweifel wüssten die auch nichts von ihr. Daher gebe es auch keinerlei Informationsfluss zwischen dieser Basis und ihrer Vertretung im Rat.

Detlev fragt: Wie fördert eine Änderung die Transparenz?
Wer fertigt den Rechenschaftsbericht für den Ratschlag?

Barbara schlägt vor, dass Ergebnisberichte von den Diskussionen im Rat angefertigt und auf der Gruppenliste bekannt gegeben werden. Die Zusammenfassung dieser Berichte werden dann der Rechenschaftsbericht, der auf dem Ratschlag vorgelegt wird. Der Rechenschaftsbericht solle auch dem attac-Rundbrief beigelegt werden.

Deborah erkennt die Arbeit der RAG an. Die Ratsarbeit sollte attraktiver und die Strukturen bekannt gemacht werden.

Barbara weist auf die Seiten 1 bis 5 des 15-seitigen Ergebnisapiers „Überlegungen und Vorschläge zur Arbeit des Attac-Rats“ hin, in denen konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Ratsarbeit dargestellt und begründet werden.

Jürgen entnimmt diesem Ergebnispapier, dass sich für attac die Frage der Basisdemokratie stellt. Die Treffen des Rates seien so etwas wie ein „kleiner Ratschlag“. Christine weist darauf hin, dass auf der Sommerakademie von Mi bis Sa jeweils von 14:30 bis 15:15 Uhr ein Treffen von/für Planungszellen geplant ist unter dem Motto „attac democracy – und Alle reden mit“. Die Ergebnisse sollen dem am Sa und So stattfindenden Ratschlag mitgeteilt werden.

Markus berichtet, dass die Regionalkonferenzen, an denen er teilgenommen habe (Süd), sehr zäh verlaufen seien.

Stephan L. meint, der Rat habe eine Funktion, nämlich Kommunikation herzustellen.

Barbara berichtet, dass offenbar Viele an der Basis den Rat für ein überflüssiges Quatsch-Gremium hielten.

Ihr Antrag, die Ergebnisse der Ratsarbeit den Gruppen mitzuteilen, wird per Akklamation so entschieden, dass jeweils eine die Ergebnisse darstellende Kurzfassung der Sitzungsprotokolle nach Freigabe von dem/der Protokollierenden über die Gruppenliste verbreitet wird. Der aus der Zusammenfassung aller erarbeiteten Ergebnisse gebildete Rechenschaftsbericht soll dem Ratschlag mitgeteilt werden.

Über den Vorschlag, der Rechenschaftsbericht solle dem Rundbrief beigelegt werden, wird nicht entschieden. Der Rechenschaftsbericht könne auch über die Gruppen abgerufen werden.

Christine beantragt, sich auf dieser Ratssitzung nicht weiter mit den anderen Punkten des Ergebnis-Papiers der AG Ratsarbeit zu befassen. Diesem Antrag wird mit einfacher Mehrheit zugestimmt.

Anwesende am Sonntag, 10.5.2009: Gudrun Reiß (AG Globalisierung und Krieg), Matthias Bude (MO pax christi), Hanni Gramann (Gruppen Nord, Hannover), Stephan Lindner (Gruppen Ost, Berlin), Markus Riek (Gruppen Süd, Stuttgart), Thomas Löding (Gruppen Nord, Göttingen), Barbara Volhard (Gruppen Süd, Freiburg), Hermann Gendrisch (MO Arbeitskreis Entwicklungspolitik e.V.), Rene Zeitz (Gruppen Ost, Schwerin), Jutta Sundermann (Kokreis, Gruppen West), Jürgen Castendyk (Gruppen Nord, Hannover), Stefan Hügel (EU-AG), Ulrike Paschek (Gruppen Nord, Göttingen), Andreas Beldowski (Gruppen Nord, Lübeck), Hugo Braun (Euromarsch), Stephan Krull (AG Fairteilen), Sami Atwa (Kokreis), Martin Uebelacker (Kulturattac), Roland Klautke (AG SozSich), Christine Starzmann (Gruppen Süd, Pforzheim-Enzkreis), Franz Eschbach (Gruppen Süd, Karlsruhe), Cornelius Oette (EU-AG), Lony Ackermann (Gruppen Ost, Berlin).

Protokoll: Franz Eschbach

Moderation: Rene Zeitz, Jutta Sundermann

Beginn: 9:35 Uhr

Sami gibt bekannt, dass Sarah mitgeteilt habe, dass sie auch ihr Rats-Mandat niederlegt.

9. Konsensverfahren zur AG „Globalisierung und Krieg“

Stephan L. berichtet von dem Treffen des Konsensverfahrens am 8.5.2009 in Hannover unter Teilnahme von 10 Personen und den ModeratorInnen Marlene Werfl und Stefan P. Schultheiß. Die unterschiedlichen Positionen wurden aufgearbeitet. Es gibt von Seiten der KritikerInnen keine Einwände mehr gegen die Bestätigung der AG-Anerkennung.

Für die Sommerakademie 2009 wird ein inhaltlicher Veranstaltungsblock zum Thema Nahost (Israel/Palästina) unter Einbeziehung wichtiger Mitgliedsorganisationen geplant, um einen breiten Austausch zum Thema innerhalb von Attac zu ermöglichen. Der Rat begrüßt diese Absicht.

Gudrun und Barbara würdigen das Engagement und Geschick der ModeratorInnen.

Es wird festgestellt, dass der Konsens gegeben ist.

Per Akklamation wird die Anerkennung der AG ohne Gegenstimme oder Enthaltung bestätigt.

10. Berichte aus den Rats-Arbeitsgruppen

10.1 Rats-AG „Gruppenunterstützung“

Ulrike berichtet: Offene Gruppe, d.h. mit Leuten, die nicht nur aus dem Rat sind.

Holger Oppenhäuser ist angestellt für 10 Stunden/Woche.

Bauen PatInnenkonzept auf, mit PatInnen aus Gruppen, bei denen es gut läuft, die in Gruppen gehen, wo es nicht so gut läuft mit Berücksichtigung der jeweiligen Region (Ortsnähe). Es ist schwierig, PatInnen zu gewinnen. Bitte um Unterstützung bei der Suche.

Es gibt einen ersten Flyer, der bereits auf dem McPlanet-Kongress verteilt wurde.

Das erste Treffen der Gruppe fand im Januar statt. Nächstes Treffen am 4. Juni in Hannover von 11-17 Uhr. Thema: Angebote auf der SoAK auch mit Anleitungen wie man was macht, z.B. Moderation oder Presseerklärungen.

Vorschläge aus dem Ratsplenum:

Veröffentlichung eines Artikels über diese AG im Attac-Rundbrief.

In den Mitmachen-Flyer gehört ein Hinweis auf existierende Bundes-AGs.

Jürgen fragt, wo es NOYA-Gruppen gibt: Berlin, Köln, München (?), Münster.

10.2 Rats-Vorbereitungsgruppe

Andreas und Hermann haben die Rats-Sitzung vorbereitet.

Der Wissenschaftliche Beirat beklagt, dass er nicht genug eingebunden wird., wartet auf Anfragen aus dem Rat.

Vorschlag, die Ratsitzungen allgemein bekannt zu geben, da sie attac-öffentlich sind und im Prinzip auch Nichtratsmitglieder daran teilnehmen dürfen (allerdings ohne Stimmrecht).
Entgegnung: Die Ratstermine stehen auf der attac-Webseite.

Vorschlag, zu den Ratssitzungen über die Gruppenlisten einzuladen.

Geschieht künftig zusammen mit den Ergebnisberichten.

Sami ist gegen eine öffentliche Einladung.

Die Termine der Ratssitzungen sollen künftig auf dem WWW-Kalender bekannt gegeben werden.

10.3 Rats-AG „Internationales“

Hugo berichtet: Diese nicht-offene AG hat die Aufgabe der Außenvertretung von Attac-D. Sie ist in einem gewissermaßen inaktiven Zustand und arbeitet nicht wirklich zusammen, es gibt einen Dissens und eine Blockade. Die Mitglieder arbeiten in eigenen Zusammenhängen, z.B. Wasser und Südamerika.

Eine kleine Gruppe, bestehend aus Mitgliedern des KoKreises, arbeitet zu europäischer Vernetzung. Beim WSF trat das europäische Attac-Netzwerk als solches auf. Beim ESF wurden keine nationalen, sondern nur noch europäische Seminare gemacht, es gab zum 28.3. eine europäischen PE. Gemeinsame Finanzmarktkampagne in ihren Anfängen. Tritt auch im Cross-Network-Meeting auf, um verschiedene Netzwerke zur Finanzkrise zusammenzubringen und nach Schnittstellen zu suchen.

Dissens: Konflikt zwischen Horizontalisten und Hierarchisten. Prozess braucht personelle Identität gegen Rotation. Auf SoAk soll es eine Veranstaltung geben zur Frage: „Kann Verantwortung rotieren?“

Lony: Über das Treffen vom 12. bis 16. Juni wurde die EU-AG nicht informiert. Teilnehmer wurden vom KoKreis nominiert, nicht von AG. Es geht um Geld: Die Teilnahme ist selber zu finanzieren.

Jürgen fragt nach den europäischen Gewerkschaften.

Hugo: Regelmäßige Treffen sollen stattfinden. Es liegt eine Einladung aus Frankreich vor für Sept. in Paris.

Es konnten gemeinsame Finanzmittel eingeworben werden (ISVARA-Stiftung „Our World Is Not For Sale“). Mühsam auch wegen vieler Sprachen (Dänen, Schweden, Spanier).

Stefan K. bezeichnet die Rolle des DGB als dominierend. Kritik an SPD werde nicht geübt. Die politische Haltung unterscheidet sich sehr von attac.

Jürgen fragt nach den Ergebnissen des WSF in Belem, und nach einer evtl. weltweiten Kampagne.

Hugo: Erwähnenswert ist die Welt-Wasser-Kampagne.

Hinsichtlich Afrika ist Einigkeit schwer zu erreichen.

Es gibt Kampagnen gegen Privatisierung.

Ein weltweites attac-Treffen zum Finanzgeschehen soll aufzeigen, wo Übereinstimmungen und Differenzen liegen. Probleme: Kosten und Sprachen-Vielfalt.

10.4 AG „Krisen“ Kein Bericht.

10.5 Impulspapier Soziale Krise Kein Bericht.

10.6 Rats-AG „Globale Soziale Rechte“

Roland verweist auf den am 7.5.2009 per E-Mail gelieferten schriftlichen Bericht von

Brigitte. Es gibt eine Zusammenarbeit mit Gewerkschaften (IGM) und anderen Organisationen, „Kein Mensch ist illegal“, „Genug für Alle“).

10.7 Rats-AG „Mailinglisten“

siehe 4.1

11. Sitzung des attac-Trägervereins

von 11:05 bis 11:22 wird die Ratssitzung unterbrochen.

12. Zusammenarbeit verschiedener Bereiche in attac

Entfällt, weil Roman Haug aufgrund eines Irrtums nicht anwesend ist.

13. Verschiedenes

13.1 Änderung in der attac-Geschäftsführung

Hugo berichtet: Die derzeitige ATTAC-D-Geschäftsführerin Sabine Leidig wird für die Partei „Die Linke“ für den Bundestag kandidieren. Mit Beginn ihres Urlaubs am 15.8.2009 wird sie nicht mehr für ATTAC-D arbeiten. Nach GG Art.42 und Bundeswahlgesetz darf auf Kandidaten kein Druck ausgeübt werden, wegen ihrer Kandidatur den Arbeitsplatz aufzugeben.

Es stellt sich die Fragen der Nachfolge, der Verbesserung der Büroarbeit und der Außenvertretung von ATTAC-D.

Am 20.5.2009 soll es ein Treffen des Kokreises (Büro-AG) mit dem Büro-Personal geben, um diese Fragen zu erörtern; am 15.7.2009 soll eine Person eingestellt werden.

Am 27.4.2009 hatte es bereits ein Treffen des Kokreises mit dem Büro-Personal gegeben, um über eventuelle Strukturänderungen im Büro zu sprechen. Ziel sei eine flachere Hierarchie, die auch vom Büro-Personal gewünscht worden sei. Es gebe noch viele offene Fragen, z.B. werde mehr Präsenz der Geschäftsführung gewünscht.

Es gebe die Idee, bzw. den Vorschlag „Geschäftsführungstandem“ mit 2 Personen, die sich die Arbeit teilen:

- a) Politik, Gremien, Vernetzung, zentrale Projekte, Sommerakademie sowie Personal- und Organisations-Entwicklung in 30 Stunden/Woche.
 - b) Finanzen, Verwaltung und Controlling in 20 Stunden/Woche;
- Für „a“ werde Stefanie Handtmann vorgeschlagen und für „b“ solle eine Stelle öffentlich

ausgeschrieben werden.

Dieser Vorschlag finde die Zustimmung des Büro-Personals,

Barbara fragt nach dem Vorschlag in Richtung „Kollektivlösung“:

Bei wem läge die Außendarstellung, wer habe letztendlich die Entscheidungsmacht?

Hanni fragt nach der Gender-Balance; im Büro überwiege weibliches Personal.

Sabines Arbeitszeit war von 38h30 auf 30 Stunden/Woche reduziert worden.

Es sei künftig mit einer Ausweitung der Arbeitszeit und damit Kosten zu rechnen wegen Mitgliederzuwachs. 25% der Arbeitszeit sei für reine Verwaltungstätigkeit anzusetzen.

Roland sieht in der Funktion „b“ der Tandemlösung auch eine Puffer-Funktion für das Büro-Personal. Kann Anneli entlastet werden?

Sabine kandidiert als Person, nicht als ATTAC-Frau.

Als problematisch wird angesehen, wenn bei einem Netzwerk die Außenvertretung von einer Geschäftsführung wahrgenommen wird. Eine Geschäftsführung arbeitet im Rahmen eines Angestelltenvertrages. Einer Verselbständigung ist vorzubeugen.

Jutta will für die Außendarstellung keine politische Geschäftsführung. Gesucht werde zwar politische Persönlichkeiten, die alleinige Außenvertretung sei aber nicht deren Aufgabe.

Wegen der Übergabe der Geschäftsführung laufe der Vertrag mit Sabine weiter und eine Freistellung sei nicht geplant, höchstens bei Konflikten mit der Nachfolge.

Stephan K. hält die 20 Stunden/Woche für die Tätigkeit „b“ für Selbstausbeutung.

Hanni weist auf den Harmonie-Bedarf bei einer Tandemlösung hin.

Jürgen fordert bei einer Tandemlösung eine klare Kompetenz-Abgrenzung und gleiche Bezahlung!

Die politische Präsentation sei eine nicht hinterfragbare KoKreis-Aufgabe. Doch die Medien fragen nach „dem Gesicht“. Künftig solle die Waage zugunsten des KoKreises ausschlagen.

Hugo führt aus, dass Sabine einen großen Beitrag zur Entwicklung von ATTAC-D geleistet habe. Durch die große Nachfrage habe sie weit über ihren Arbeitsvertrag Hinausgehendes geleistet. Die Außendarstellung durch die Geschäftsführung sei so stark, wie der KoKreis schwach sei.

Außer der Tandemlösung stehe keine andere Lösung zur Diskussion, obwohl es Bedenken gebe. Klare Entscheidungsbefugnisse seien gegeben. Wegen der teilweisen Überschneidung der Entscheidungen sei eine gemeinsame Verantwortung des Geschäftsführungs-Teams gegeben. Eine Auswahl-Kommission des Korkreises werde die Personalentscheidung treffen.

Sami wendet ein, dass durchaus andere Geschäftsführungsmodelle diskutiert würden. Es stünde eine Struktur-Entscheidung an, keine Personal-Entscheidung. Denkbar sei eine Kombination von einem/einer Geschäftsführer/in und einem Kollektiv von bezahlten KoKreis-Stellen (zeitlich begrenzt auf 1 Jahr, unter direkter Kontrolle des Ratschlags).

Jürgen wendet ein, dass bei einem KoKreis, der z.T. auf einer Gehaltsliste stehe, mit Filz zu rechnen sei, und rät davon ab. Er fragt, ob der Rat in der Angelegenheit der Nachfolge überhaupt ein Mitspracherecht habe.

Stefan H. verfolgt eine ähnliche Idee wie Sami, und geht davon aus, dass der KoKreis demnächst einzuspringen haben werde. Er empfiehlt

c) eine bezahlte Verwaltungs-Geschäftsführung und

d) eine gewählte politische Geschäftsführung.

Jutta beantwortet die Frage nach „dem Gesicht“ damit, dass immer jemand einspringe,

wenn dies gefordert werde. Dafür kämen mehrere Leute aus dem KoKreis oder sonstwoher in Frage. Es werde bewusst keine Vollzeit-Stelle vorgesehen.

Rene fragt ein Meinungsbild bzgl. der künftigen Geschäftsführung ab:

- GF durch Tandem-Modell: 8 Stimmen
- GF durch bezahlten KoKreis: 1 Stimme
- GF vom Ratschlag gewählt: 6 Stimmen

13.2 Kampagne gegen Lissabon-Vertrag

Cornelius schlägt eine Kampagne für eine bessere EU-Verfassung vor und verbindet sie mit der Bitte um möglichst breite Unterstützung.

Das Problem ist, dass der Lissabon-Vertrag als alternativlos dargestellt wird. Er stellt aber einen Schritt zurück dar. Es gelte, eine Alternative zu gestalten! Ein anderes, ein menschliches Europa sei möglich!

Er schlägt einen europäischen Verfassungskonvent vor, der im Gespräch im Sinne des „Runden Tisches“ Visionen und Ideale eines menschlichen Europas sammelt und einen Masterplan für Europa, vielleicht alternative Verträge oder gar eine wahrhaft europäische, menschliche und dezentrale Verfassung erarbeitet.

Dies könnte in einem runden, weißen Dom-Zelt stattfinden, mit dem man durch ganz Europa touren kann. Vor allem wäre sinnvoll, in denen Ländern präsent zu sein, in denen

die Entscheidung noch aussteht: Deutschland, Irland (zweites Referendum), Polen?
Tschechien und Österreich (jeweils Verfassungsklage angekündigt).

Die Alternative könne dann gegenüber dem Lissabon-Vertrag zur Abstimmung kommen.

Was ist Deine Vision Europas?...eine menschliche Welt ist möglich!

Cornelius und seine Mitstreiterinnen können noch Unterstützung von Ausführenden,
einzelnen ATTAC-Gruppen und vor allem von ATTAC D gut brauchen!

Möglicherweise wird es auf der diesjährigen SoAk in Karlsruhe einen Workshop zum
Thema geben.

Der Antrag für eine EU-Kampagne findet keine Unterstützung.

13.3 Kampagne gegen CSU im EU-Wahlkampf

Es wird angeregt, sich im EU-Wahlkampf für eine hohe Wahlbeteiligung einzusetzen, um
der CSU, welche bundesweit mindestens einen Stimmenanteil von 5% erreichen muss,
dies zu erschweren.

13.4 Antrag bzgl. Tagungsstätten

**Rene stellt als ein Vertreter der Region Ost den Antrag, die Suche nach
Tagungsstätten für Ratsitzungen nicht auf Hannover und Frankfurt zu begrenzen.
Der Antrag wird mit 19 Ja-Stimmen angenommen.**

Ende 12:50 Uhr

Anmerkungen:

#1: Nach Anfrage von Franz erklärt Brigitte am 17.5.2009 per E-Mail für sich die Annahme
der Wahl.

Anlage „A“ – Arbeitsgruppe „1“

Nach Ansicht von Thomas Seibert war das Verhalten gegenüber Jürgen Elsässer (J.E.) ein notwendiger Ausnahmefall, der sich nicht wiederholen darf. Attac ist grundsätzlich offen für alle Ansichten. Er betont, J.E. sei kein Faschist und kein Antisemit. Insofern sei ein Bruch mit dem eigenen ATTAC-Prinzip zu konstatieren.

Es gebe bei politischen und sozialen Bewegungen seit Ende der 80-er, Anfang der 90-er Jahre Generationenbrüche. Neu sei das Auftreten anti-nationaler Kräfte. Deutschland sei ein besonderer Fall und der Normalisierungsversuch sei ein Teil des Problems.

Der ungefähr 10 Jahre währende Irrwitz der Kategorie der antinationalen Revolution gehe von einem fortdauernden Faschismus aus.

Wichtig: Alte müssten das Neue aufkommen lassen. Die Erkenntnis sei notwendig, dass Begriffe wie „Nation“ und „Volk“ unbrauchbar sind. „Volk“ sei nicht emanzipatorisch und zu verabschieden, weil für Deutsche zwiespältig. Aus dem „Wir sind das Volk“ wurde ein „Wir sind ein Volk“.

Aufgrund der Einzigartigkeit der deutschen Geschichte seien „Volk“ und „Nation“ keine verwendbaren Kategorien.

J.E. denke das alles gerade umgekehrt. Mit einer Querfront-Strategie statt ATTAC erreiche er Nazis und Ex-SED-ler.

Nach Ansicht von Peter Wahl passe J.E. in das ATTAC-Spektrum. Jeder habe das Recht auf Anderssein und Irrtum. Dies sei eine Frage der politischen Kultur von ATTAC. Hier sei ein offener Raum gegeben. Der Zerfall der 68er-Bewegung sei durch Sektierertum in der Linken bewirkt worden. Pluralität und Toleranz seien bei ATTAC wichtig. Es ginge um die Qualität von Argumenten und nicht um „Sieger und Verlierer“ bei Meinungsverschiedenheiten. Insofern stelle das Verhalten gegenüber J.E. tatsächlich einen Bruch mit einem ATTAC-Prinzip dar.

Bedauerlicherweise gebe es Leute, die immer wissen, was richtig ist. Er erinnert an die Jakobiner. Als hochproblematisch sieht er die Absage von 7 Moderationen an, darunter eine Absage einer bereits gemachten Zusage mit der Begründung, keinen „politischen Selbstmord“ begehen zu wollen.

Es stelle sich die Frage: Was genau heißt „Anschlussfähigkeit“ und „Querfront“. Derartige Begriffe seien missbrauchbar.

Begriffe wie „Nation“ und „Volk“ dürfen nicht kategorisch abgelehnt werden.

Die Ausladung von J.E. und seine Ausgrenzung seien inakzeptabel.

Deborah weist darauf hin, dass das J.E.-Thema im Kokreis nicht diskutiert wurde. ATTAC lädt Leute wie J.E. nicht ein!

Jürgen stellt einen Konflikt zwischen Offenheit einerseits und Ausgrenzung andererseits fest. Es gebe eine Auseinandersetzung mit Grenzwertigem. „Nation“ und „Volk“ seien brauchbare Kategorien. Man dürfe nicht nur international denken. Es dürfe nicht sektiererisch mit Unterstellungen operiert werden. Eine Überdifferenzierung führe zur Selbst-Blockade. ATTAC sei kein antikapitalistisches Projekt.

Sami kritisiert den Umgang innerhalb von ATTAC. Die KapiKon-Vorbereitungsgruppe arbeite selbständig und Interventionen von außen bedeuten ein Misstrauen gegen einen Konsens der VG.

Markus regt eine Bildungsbewegung gegen Rechts an.

Peter rät dazu, die national zur Verfügung stehenden oder zu schaffenden Instrumente zu nutzen.

Thomas meint, Internationalismus habe Zukunft.

Anlage „B“ - Hanni Gramann: Kurzbericht der Rats-AG SoAK 2009

Attac veranstaltet in diesem Jahr vom 4. bis 9. August 2009 in Karlsruhe die achte Sommerakademie, es ist die zweite in Karlsruhe, zum dritten Male eine Kombination aus SoAk und Ratschlag.

Motto der SoAk „Aufbruch mit Wissen, Witz und Widerstand“ / „Krisen – Aus – Weg – mit Wissen ...“.

Das typische Seminar- und Workshopprogramm wird vom 5. – 7. August stattfinden, während der Sonnabend und der Sonntag für den Ratschlag reserviert sind.

Thematischer Schwerpunkt der diesjährigen Sommerakademie soll die multiple Krise sein – Finanzen, Nahrung, Energie, Klima – . Es geht dabei sowohl um die Darstellung der Phänomene, die Identifizierung der Verursacher und Profiteure, der Betroffenen und Opfer als auch um das Aufzeigen und Entwickeln alternativer Ideen, Konzepte und Forderungen.

Gewichtige Programmpunkte sollen die Frage der Rehabilitation öffentlicher Dienste und der Komplex „demokratisch wirtschaften“ sein.

Über diese Kernpunkte hinaus soll wie immer das breite Spektrum der Attac-Themen sichtbar werden.

Neben der Wissensvermittlung wird besonders viel Wert auf eine methodisch ansprechende, abwechslungsreiche Gestaltung der Angebote gelegt, besonders auf Methoden, die ein emanzipatorisches Lernen fördern.

Neu sind Elemente wie „Attac democracy – und alle reden mit“, „Familientreffen“, „Perspektivenwerkstatt“ und sechs Kontroversendiskussionen.

Dem Aspekt Geschlechtergerechtigkeit wird erneut besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Ziel ist, den Geschlechteraspekt bei allen Inhalten zu berücksichtigen und den Frauenanteil unter den ReferentInnen weiter zu erhöhen.

Die Gestaltung des Ratschlagsteils ist noch völlig offen.

Preisgestaltung: Normalpreis: 100€, ermäßigt 70€.

Das Vorbereitungsteam für die Sommerakademie hat sich seit Februar mehrere Male getroffen.

Es setzt sich zusammen aus Mitgliedern von Attac Karlsruhe, neuen u. alten Aktiven und Menschen aus dem Bundesbüro.

Hauptverantwortliche für die Organisation ist Carolin Franta, für die Programmgruppe Christine Starzmann.

Augenblicklicher Arbeitsstand: Die Referenteninfos sind Ende April rausgeschickt worden, Angebote können bis zum 24. Mai eingereicht werden.

Ein Werbe-Flyer ist fast fertig gestellt und soll spätestens bei der Aktionsakademie vorliegen.

Im Mai und Anfang Juni finden weitere Team-Treffen in Karlsruhe und Frankfurt statt.

Anlage „C“ - Barbara Volhard: Input für die Ratssitzung am 9. Mai 2009

Es gibt bekanntlich einen Dissens innerhalb der AG Ratsarbeit. Die Mehrheit ist der Ansicht, dass eine grundsätzliche Strukturdebatte an der Basis stattfinden sollte und will das auf der Sommerakademie initiieren. Eine Minderheit, zu der ich gehöre, ist jedoch der Ansicht, dass die formale Struktur Attacs in Ordnung ist, dass sie jedoch mit präziseren Inhalten gefüllt werden müsste. Mit einer Ausnahme allerdings: die Frage, ob es weise war, den Kokreis in den Rat zu integrieren, sollte dem Ratschlag zur Entscheidung vorgelegt werden.

Die Struktur von Attac Deutschland besteht aus Elementen partizipativer Demokratie (Ratschlag bzw. Basis als höchstes Entscheidungsgremium) und repräsentativer Demokratie (gewählte Gremien wie KoKreis und Rat). Was fehlt, ist eine institutionelle Verankerung der Verknüpfung oder Verschränkung beider Elemente. So gibt es keine direkte Kommunikation vom Rat zur Basis.

Das Ergebnis ist, dass die Arbeit des Rats als in höchstem Maße intransparent empfunden wird. Auf der letzten Ratsklausur wurde die mangelnde Vernetzung mit der Basis kritisiert und darauf geantwortet: „Der Rat ist die Vernetzung.“ Das ist bestenfalls ein Euphemismus. Es entsteht zwar bis zu einem gewissen Grade eine Vernetzung der Ratsmitglieder untereinander, aber als Vernetzung mit der Basis kann das nicht bezeichnet werden. Stattdessen erscheint der Rat vielen als ein abgehobenes Gremium, das überhaupt nicht basisorientiert ist und damit einen wesentlichen demokratischen Grundwert von Attac verletzt.

Tatsächlich scheinen seine Diskussionen quasi im luftleeren Raum hängen zu bleiben. Zwar ist es möglich, dass Teile der Basis über ihre RatsvertreterInnen etwas über die Arbeit des Rats erfahren, das aber eher zufällig und vermutlich am ehesten noch in denjenigen Gruppen, aus denen diese VertreterInnen stammen, nicht jedoch in allen anderen Attac-Gruppen der jeweiligen Regionen. Zwar ist es möglich, die Rats-Protokolle einzusehen, jedoch kann bezweifelt werden, dass viele Attacies davon Gebrauch machen. Inwieweit die Mitglieder der Mitgliedsorganisationen vom Attac-Rat und seiner Arbeit überhaupt etwas wissen, sei dahingestellt. Ich kenne Ver.di-Mitglieder, die nicht einmal wissen, dass sie auch Attac-Mitglieder sind. Man stelle sich vor, die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland wären darauf angewiesen, bei ihren jeweiligen Abgeordneten zu erfragen, was denn im Bundestag so beraten worden ist, oder alternativ sich durch die im Internet verfügbaren Bundestagsprotokolle zu wühlen!

Das Thema ist also erheblich tiefgreifender, als es zunächst schien, weil es letztlich das Demokratieverständnis in Attac-D betrifft. Der Rat hat im Juni 2008 eine ganze Sitzung dem Thema Demokratie gewidmet und dabei alle möglichen Demokratieformen und Facetten von Demokratie im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage diskutiert. Die Frage, wie Demokratie bei Attac selbst verwirklicht wird, kam dabei bezeichnender Weise nicht auf. (Mea culpa! Ich war in der Themenvorbereitungs-AG und bin auch nicht auf die Idee gekommen.)

Es zeigt sich, dass Demokratie nicht nur im Zusammenhang mit der Eigentumsfrage gesehen werden muss, sondern auch mit dem Bewusstsein derer, die sie tragen und mit Leben füllen müssen. Dieses Bewusstsein jedoch ist bei uns allen davon geprägt, dass wir in einer repräsentativen Demokratie aufgewachsen sind, uns ihr angepasst und in ihr

eingrichtet haben. Wie man damit umgeht, wissen wir, denn daran sind wir gewöhnt. Nicht so genau wissen wir jedoch, wie man mit direkter, partizipativer Demokratie umgehen könnte. Hier müssen Gewohnheiten erst entwickelt werden.

Denn auch in einer partizipativen Demokratie wird es aus organisatorischen Gründen nicht möglich sein, auf Elemente repräsentativer Demokratie zu verzichten, und dem wurde bei der Strukturierung von Attac auch Rechnung getragen. Die seitherige Entwicklung aber zeigt: Gewählte Gremien haben auch unabhängig von den Eigentumsverhältnissen die Tendenz, sich zu verselbständigen und „abzuheben“. Das heißt, die Machtfrage stellt sich auch hier. Dagegen helfen nur Transparenz, Rechenschaft der Basis gegenüber und ihre möglichst weitgehende Beteiligung. Die Basis allerdings muss im Gegenzug Interesse, Wachsamkeit und Initiative aufbringen, was sie bisher kaum tut. Sie wird es jedoch umso eher tun, als der Rat sich ihr wirklich zuwendet.

Letztlich aber stellt sich die Frage: Was ist Attac? Ist es ein Sammelbecken für wirkungslose Globalisierungskritik aus allen Teilen der Gesellschaft, von den Herrschenden mit Wohlwollen betrachtet wegen seiner nützlichen, weil systemstabilisierenden Ventilfunktion? Oder könnte Attac nicht vielmehr – als ein Bündnis, das nahezu alle gesellschaftlichen Strömungen in sich vereint und wegen seiner internationalen Ausrichtung auch ein Spiegel zumindest von Teilen der Weltgesellschaft ist – könnte Attac also nicht eine Art Experimentierfeld sein, in welchem Möglichkeiten entwickelt und erprobt werden, wie konsensual mit Pluralität umgegangen und Demokratie gelebt werden kann, um irgendwann aufzeigen zu können: Dies ist das Muster, so könnte es funktionieren, und zwar weltweit?

Darauf sollten wir hinarbeiten. Dass es gelingen kann, hängt keineswegs nur von der Struktur ab, sondern es braucht noch zweierlei:

1. eine vernünftige Organisation der Arbeit – und darauf bezieht sich ein Großteil unserer Vorschläge, die ohne Strukturänderung sofort umsetzbar wären, und
2. die Bereitschaft, Neues zu erproben, aber auch regelmäßig zu überprüfen (z.B. im Abstand von einem halben oder ganzen Jahr), um zu sehen, ob es taugt, und wenn nicht, es zu ändern, also ein gewisses Maß an Flexibilität und Kreativität.

In diesem Sinne schlage ich vor, angesichts unserer knappen Zeit heute vor allem diese praktischen Vorschläge zu erörtern und evtl. zu beschließen. Denn Strukturfragen gehören sowieso auf den Ratschlag.

Der 15-seitige Ergebnisbericht der Rats-AG „Ratsarbeit“ war vorab an die Ratsmitglieder versandt worden.

Anlage „D“ - Ulrike Paschek: Bericht der AG "Gruppenunterstützung"

Wir arbeiten seit Januar 2009 als offene Rats-AG zusammen. Das bedeutet, dass bei uns auch Leute aus verschiedenen Ortsgruppen mitarbeiten, für die das Thema "Gruppenunterstützung" wichtig ist und die sich auf Grund ihrer gemachten Erfahrungen gut in unsere AG einbringen können. Darüber hinaus arbeiten wir eng mit Holger Oppenhäuser zusammen, der seit Januar 2009 im Bundesbüro im Bereich "Gruppenunterstützung" tätig ist.

Unsere Aufgabe liegt in erster Linie darin, Gruppen zu unterstützen, die sich neu gründen wollen. Aber wir unterstützen auch Gruppen, die bereits existieren, bei denen es aber im Moment nicht so gut läuft. Um diese Aufgabe umzusetzen, sind wir gerade dabei, ein "PatInnen-Konzept" zu konzipieren. PatInnen sollen Leute aus den Ortsgruppen sein, die gut laufen. Diese Leute sollen dann ihre Erfahrungen an die neuzugründenden, bzw. an die Ortsgruppen, die gerade nicht so gut laufen, weitergeben.

Die AG "Gruppenunterstützung" unterstützt die PatInnen z. B. mit Materialien und Fortbildung. Noch ist es schwierig, PatInnen zu finden. Wir müssen diesbezüglich unsere Öffentlichkeitsarbeit noch verbessern.

Auf der SoAK werden wir mit verschiedenen Angeboten, z. B. in Form von Workshops, vertreten sein.

Unsere AG trifft sich im Schnitt einmal im Vierteljahr. Unser nächstes Treffen ist am Donnerstag, den 4. Juni, in Hannover. Ansonsten erfolgt der Austausch über unsere Mailingliste.